

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer-120.- Mf. Durch Austräger 600.- Mf. pro Woche. Durch die Post 2000.- Mf. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5-6 Uhr nachmittags. - Postfachkonto Nr. 81059. - Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8887

Freitag, 23. März 1923.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 50.- Markt Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.- Mf. Kleine Anzeigen per Wort 3.- Markt - Kellern: Die Millimeterzeile 8gespalten über deren Raum im Vert. 150.- Markt.

## Helft den Arbeitern Oberschlesiens!

Sie stehen in vorderster Linie im Kampf gegen Faschismus und Unternehmerwillkür!  
Es ist Pflicht aller Arbeiter ihnen beizustehen!

Gindenburg, 21. März. Die Betriebsrätekonferenz, die heute nachmittag zusammengetreten ist, um über einen Generalstreik in Oberschlesien zu beschließen, ist zu keiner Entscheidung gekommen. Morgen nachmittag 5 Uhr findet eine neue Sitzung statt. Man geht wohl in der Hoffnung nicht fehl, daß man in dieser Fortsetzung der Sitzung eine günstige Wendung des Dinge erblicken darf.

So jubelt die „Schlesische Volkszeitung“, daß Organ der oberkatholischen Ausbeuter. Das Bürgertum atmet auf! Die Arbeiter Oberschlesiens aber müssen dafür sorgen, daß allen reaktionären Elementen das Jubeln vergeht über den Ausgang dieses Kampfes. Ueber das Ergebnis des zweiten Betriebs- und Vertrauensleute-Kongresses haben wir gestern bereits in aller Kürze berichtet. Obwohl zu dieser allgemeinen Reviertonferenz nur die neunmal Gesiebten Zutritt fanden, die „unverantwortlichen Elemente“ nicht zugelassen wurden, ist es den Gewerkschaftsführern nicht gelungen, die Bewegung mit einem Schlage abzuwürgen. Sie versuchen also, die Arbeiterschaft hinzuhalten, um auf diese Weise deren Kampflust zu lähmen und evtl. durch ein Kompromiß den Kampf zu verhindern. Das darf die Arbeiterschaft sich keineswegs gefallen lassen.

Durch die Entlassung der Betriebsräte ist der Kampf eigentlich auf ein anderes Gleis geschoben worden. Unternehmer, sozialdemokratisch-reformistische Partei- und Gewerkschaftsführer versuchen, die Wiedereinstellung der gemäßigten Betriebsräte als einziges Kampfziel hinzustellen. Gewiß! Die Arbeiterschaft muß unter allen Umständen darauf bestehen, daß die gemäßigten Betriebsräte wieder eingestellt werden. Dabei darf sie aber nicht vergessen, das auszuführen, was sie am 9. März begonnen hat; nämlich die Entwaffnung und Zerstörung der faschistischen Betriebsorganisationen, die Ausräucherung der Faschistenester. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht restlos und gründlich mit dem faschistischen Terror auf den Gruben aufräumt, dann werden die faschistischen Organisationen ihr über den Kopf wachsen. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht handelt, erleidet sie eine vernichtende Niederlage. Das muß sogar der „Vorwärts“, das Zentralorgan der BSPD, zugeben. Er schreibt:

„Man gewinnt den Eindruck, daß die ober-schlesischen Grubenbesitzer die Kraftprobe wollen, weil sie hoffen, daß aus ihr die Orgelorganisationen als Sieger und die freien Gewerkschaften als die vernichtend Geschlagenen hervorgehen.“

Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, die bereits gegen die Faschisten zum vernichtenden Schlage erhobene Hand sinken zu lassen. Sie muß mit bewaffneter Hand ein für alle mal Ordnung schaffen in ihren Betrieben.

Die Arbeiterschaft Oberschlesiens hat keine Ursache mit den Unternehmern zimperlich umzugehen. Denn gerade in Oberschlesien haben die Unternehmer mit der Geduld der Arbeiterschaft geradezu Schindluder getrieben. Nicht genug damit, daß sie ihnen die niedrigsten Löhne zahlten, haben sie die Bergarbeiter gezwungen, eine halbe Stunde länger zu arbeiten, als in anderen Revieren. Was in anderen Revieren längst bereits durchgeführt war mußte die Arbeiterschaft Oberschlesiens im härtesten Kampf erwerben. Drei Jahre ist es her, seit dem der alte Manteltarif gekündigt wurde; heute noch ist der neue nicht abgeschlossen. Um die Gründung der Treuhandstelle zur Errichtung von Bergmannswohnungen ist ein harter Kampf geführt worden. Durch die sogenannten „Arbeitsordnung“ ist das Recht der Betriebsräte fast gänzlich beseitigt worden. In allen andern Steinkohlerevieren erhalten die Invaliden und Witwen freie Deputat-Kohlen, krankfernde Bergarbeiter für die Krankenschichten den Soziallohn. In Oberschlesien weigern sich die Unternehmer hartnäckig, diese berechtigten Forderungen anzuerkennen. Und nachdem sie sich endlich dazu bereit erklärten, ein ähnliches Abkommen mit den Organisationsvertretern abzuschließen, weigern sie sich jetzt, das Abkommen, das an feineren Bedingungen geknüpft wurde, zur Durchführung zu bringen, weil sich die Bergarbeiter weigern, Ueberschichten zu verfahren.

Es ist also brutale Unternehmerwillkür, gestützt auf den Faschistenterror, die sich in Oberschlesien austobt. Schlechte Sicherheitsverhältnisse, faschistischer Terror, schlechte Bezahlung, längere Arbeitszeit als in anderen Revieren, elende Wohnungen und ohnedies noch Schikanen und Provokationen von seiten der Unternehmer, das sind

die Zustände, unter denen die Arbeiterschaft Oberschlesiens den Unternehmern Tag und Nacht Millionen- und Milliardenprofite schafft. Nicht genug damit, versuchen die Unternehmer jetzt die Belegschaften auszusperrern, freilos zu entlassen. So haben die Direktionen des Vorkiswerks und der Castellengrube bereits durch Anschlag bekannt gegeben, daß alle Arbeiter, die nicht binnen drei Tagen die Arbeit wieder aufnehmen, als entlassen gelten. Durch diese freche Drohung dürfen die Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen.

Gerade diese erneuten Provokationen zwingen die gesamte Arbeiterschaft Oberschlesiens, und darüber hinaus, die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, den Streitenden beizustehen. Es ist die Sache aller Arbeiter, die von den Arbeitern Oberschlesiens verteidigt wird. Der Faschismus und die Unternehmerwillkür bedrohen nicht nur die Arbeiterschaft Oberschlesiens, der Faschismus ist eine internationale Erscheinung, eine Gefahr, der die Arbeiterschaft baldmöglichst den Kopf zutreten muß die Arbeiterschaft Oberschlesiens hat den Kampf mit dieser ungeheuren Gefahr bereits aufgenommen. Es ist Aufgabe, vornehmste Aufgabe und Pflicht der Arbeiterschaft Oberschlesiens, des Dombrowaer-Kohlenreviers, der Arbeiterschaft der Hirschbühler Revier, die jetzt gleichfalls im Kampf stehen, der Arbeiterschaft Breslaus und des Waldenburger Reviers, mit den Arbeitern Oberschlesiens in den Kampf zu treten. Vor allen Dingen aber muß die Gesamt-Arbeiterschaft Deutschlands diesem Kampf, der in Oberschlesien auf der ganzen Linie entbrannt ist, größte Beachtung schenken. Und nicht nur Beachtung schenken, sondern aktiv muß sie in diesen Kampf umgehend eingreifen. Sie muß sich anschließen den Berliner Vorkisarbeitern. Dort hat die KPD-Fraktion der Firma A. Borjig, Tegei, einstimmig beschlossen, an den Auschuß des Betriebsrats mit der Forderung heranzutreten, sofort telegraphisch mit den Kollegen des Schwesterwerkes in Oberschlesien in Verbindung zu treten. Der Auschuß-Obmann, Kollege Pierchalsky, sandte im Namen des Betriebsrates folgendes Telegramm ab:

An Vorkiswerk, Betriebsrat, Oberschlesien.  
Senden Euch Sympathieundgebrag! Harri aus! Erbitten sofort Bericht. Vorkiswerk, Berlin-Regel.

Aus dem Waldenburger Revier und aus Pohlitz-Oberschlesien liegen gleichfalls bereits Meldungen vor, die erwarten lassen, daß sich die dortigen Arbeiter im Falle des Generalstreiks mit den kämpfenden Kameraden solidarisch erklären werden.

Wenn die Arbeiterschaft aller andern Betriebe und Reviere Deutschlands diesen Beispielen folgt und aktiv eingreift in den Kampf gegen den Faschismus, der in Oberschlesien auf der ganzen Linie entbrannt ist, dann wird dieser Kampf sehr schnell zugunsten des Proletariats beendet sein.

Den Arbeitern Oberschlesiens aber rufen wir zu: **Seid auf der Hut! Laßt Euch nicht durch irgendwelche „Berständigungsaktionen“ oder durch Kompromisse um den Erfolg Eures Kampfes bringen. Begnügt Euch nicht damit, daß die gemäßigten Betriebsräte wieder eingestellt werden, nehmt den Faschisten die Waffen, schafft bewaffnete proletarische Abwehrformationen. Herdet hart! Harri aus! Die Arbeitsbrüder und Arbeitsschwester der anderen Betriebe und Bezirke werden Euch zur Seite stehen.** Th. K.

## Vertagt und abermals vertagt.

Gleiwitz, 22. März 1923. Wir erhalten soeben folgenden Bericht:

Die für heute nachmittag 5 Uhr angesetzte Betriebsräte-Konferenz, die über den eventuellen Generalstreik beschließen sollte, ist am morgen, Freitag, vormittag 10 Uhr, vertagt worden. Unter den Arbeitern herrscht darüber große Empörung. Auf den beteiligten Gruben geht der Streik weiter. Die Stimmung der Streikenden ist gut. Die Gewerkschaftsführer tun ihr möglichstes um den Streik abzuwürgen.

## Der Kampf um Arbeiterpolitik in Sachsen.

Die Grundsätze für eine neue sozialdemokratische Regierung.

Von Paul Böttcher.

Die Verhandlungen zwischen den Kommunisten und der Siebenerkommission des sozialdemokratischen Landesparteitages sind abgeschlossen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen liegt in den an anderer Stelle abgedruckten Beschlüssen vor. Den beiden Parteien steht jetzt noch das entscheidende Wort hierüber zu. Die Arbeiterregierung ist noch nicht erzwungen worden. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben zwar die Stinnes-Politik nach Hause geschickt und sich für die Stinnes-Koalition in Sachsen bedankt; sie haben jedoch zum historischen Schritt für die Arbeiterregierung noch nicht die Kraft aufgebracht. Die KPD hat noch nicht die Kraft, um dieses Werk allein vollbringen zu können. Die Siebenerkommission hat ihre Vollmachten nicht restlos ausgenutzt. Eine gemeinsame Einberufung des Betriebsrätekongresses mit der KPD und später auch die Urabstimmung in den Betrieben über die Einberufung des Betriebsrätekongresses wagte die Siebenerkommission nicht. Sie hat vor dem sächsischen Konsistorium des NGB. kampfslos die Segel gestrichen. Zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter haben befunden, daß sie mit dieser Kapitulation nicht einverstanden sind. Trotzdem brachte der offene Widerstand des NGB, das Verlagen der Beauftragten des Landesparteitages oben, und die noch zu schmale Basis unten, den Betriebsrätekongress zum Scheitern. Will die Arbeiterschaft den Betriebsrätekongress dennoch erzwingen und sie muß es früher oder später — dann ist die Verbrößerung der Kampfbasis und die Verstärkung der Stokkraft zur Überwindung der letzten Hindernisse die erste Voraussetzung!

Die kommunistische Partei hat nach ernster und sachlicher Prüfung der Lage an der Ablehnung des Betriebsrätekongresses die Verhandlungen nicht scheitern lassen. Die Sozialdemokratie erblickte in der kommunistischen Forderung ein „taktisches Manöver“ und wollte die KPD. angeblich mit ihren eigenen Methoden in die Enge treiben. Der rechte Flügel der BSPD. brauchte gegenüber der Arbeiterschaft eine Rechtfertigung für die Stinnes-Koalition. Diese Rechtfertigung sollten die Kommunisten liefern, indem sie die Verhandlungen aufliegen ließen und damit den Weg Sudds in die Arme von Blüher freigaben. Die sozialdemokratische Rechte hat auch während der Verhandlungen zwischen KPD. und Siebenerkommission nach allen Regeln der Kunst bei den Bürgerlichen antischambriert. Die Demokraten wären bereit gewesen, auf eine direkte Beteiligung im Ministerium zu verzichten und durch einige ausschlaggebende Ministerialdirektoren ihren Einfluß geltend zu machen. In der bürgerlichen Presse wurde die notwendige Stimmung gegen die sozialdemokratische Linke und für das Scheitern der Verhandlungen gemacht. Im Plenum des Landtages demonstrierte die sozialdemokratische Rechte mit den Bürgerlichen gegen die Kommunisten. Innerhalb der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und Partei spiegelten sich die Gegensätze immer deutlicher ab. In öffentlichen Versammlungen machten sich sozialdemokratische Fraktionsmitglieder über die Verhandlungskommission ihrer Partei lustig. Mit allen Mitteln arbeitete die Rechte mit den Bürgerlichen Hand in Hand, um den Willen des Landesparteitages zu durchkreuzen und dennoch die Stinnes-Koalition zu erschließen.

Das Weiterstreben der Kapitaloffensive, die Mobilität der Faschisten, die unerträgliche Teuerung und der vom Landesparteitag der BSPD. ausgesprochene Wille breiter sozialdemokratischer Arbeiterschichten, den Kampf hiergegen aufzunehmen, waren für das weitere Verhalten der KPD. ausschlaggebend. Die Siebenerkommission war gewählt, mit der bisherigen Tradition der sozialdemokratischen Regierung zu brechen und einen nach außen deutlich sichtbaren Kreis in der Landespolitik einzuschlagen. Die politischen Sicherungen für diesen sozialdemokratischen Linkskurs und die Bedingungen für die Unterstützung eines neuen sozialdemokratischen Kabinetts ergaben sich zwangsläufig aus der politischen Situation. An erster Stelle steht hier natürlich der Kampf gegen den Faschismus. Nach den Vereinbarungen bilden die BSPD. und die KPD. in Sachsen gemeinsam proletarische Abwehrorganisationen. Das ist das Minimum, was jetzt im Gesamtinteresse des Proletariats durchgeführt werden muß. Praktisch bedeutet dieser Beschluß den Bruch der bisherigen Passivität der BSPD. in dem Kampfe gegen



# Die Internationale Konferenz zu Frankfurt a. M.

den Faschismus und eine Organisierung der Abwehr auf breiter Grundlage. Wenn sofort mit Energie der Aufbau des Selbstschutzes durchgeführt wird — an der Bereitschaft der Arbeiter fehlt es wahrlich nicht — dann wird Sachsen ein faschistenreines Land bleiben und zur roten Truhburg der Revolution. Das Bürgerturn wird aufheulen. Nun gut, das soll uns ein Signal dafür sein, daß der Schwärz ins Schwarze traf.

Im Kampfe gegen den Wucher haben alle halben Maßnahmen der Regierung bisher ganz versagt. Entweder sind sie gescheitert an dem System der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt oder an der Unzuverlässigkeit der Verwaltungsorgane und der kapitalistischen Justiz. Die Vereinbarungen zwischen KPD. und USPD. in dieser Frage sichern vor allem eins: die Kontrolle der Händler und Preise durch Organe der Arbeiter von unten. Wir haben nicht die Anerkennung aller Befugnisse für die Kontrollausschüsse erreicht, die wir für notwendig erachteten. Bei kräftiger Aktivität der Arbeiter in den Kontrollausschüssen sind jedoch tausend Möglichkeiten gegeben, dem Wucher energisch auf den Leib zu rücken. Durch die Bestimmung über die Besetzung der Wuchergerichte soll es für die Zukunft unmöglich gemacht werden, daß die Wucherer von der Klassenjustiz laufen gelassen werden.

Die Mitwirkung der Betriebsräte und Arbeiter an der Gesetzgebung ist durch die Vereinbarungen über die Grundlage für die Arbeiterkammer festgelegt. Die KPD. ist in diesem Punkte mit ihrer Forderung nach Kontrolle der Regierung durch die Betriebsräte nicht durchgedrungen. Das ist eine Kampfansage, die am Verhandlungstische nicht gelöst wird. Das ist ein Recht, das sich die Arbeiter selbst erobern müssen. Die Wahlen zur Arbeiterkammer finden durch Urwahlen in den Betrieben statt. Durch diese Bestimmung ist dafür gesorgt, daß die Arbeiterkammer keine Bonzenkammern werden.

Durch eine allgemeine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte, sowie für im Kampfe gegen die Konterrevolution politisch Verurteilte, soll die neue sozialdemokratische Regierung gegen die Ungerechtigkeiten und Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft an den Ausgebeuteten demonstrieren. Den Unterdrückten muß geholfen werden.

Dieses Programm enthält das Minimum an politischen Sicherheiten für die Durchführung einer energischen Arbeiterpolitik in Sachsen. Ein Minimum, das die Kommunisten der Siebenerkommission des sozialdemokratischen Landesparteitages in schweren Verhandlungen abgerungen haben. Soll der Frontwechsel der sächsischen Sozialdemokratie jedoch nicht als Farce wirken und dieses Programm als Papierarbeit, dann muß die Umstellung auch durch personellen Wechsel in der neuen Regierung zum Ausdruck kommen. Ein Kabinett mit dem entschiedenen Koalitionspolitiker Bud an der Spitze würde wie ein Hohn auf das aufgestellte Programm wirken. Die Unterstützung eines Kabinetts Bud ist für die KPD. unmöglich. Der Ministerpräsident bestimmt in Sachsen die Politik des Ministeriums. Die Arbeiterschaft kann bei einer Kandidatur Bud nicht glauben, daß es der USPD. mit der Durchführung ihrer eigenen Forderungen ernst ist.

Die Verantwortlichkeit für das Zustandekommen der neuen sozialdemokratischen Minderheitsregierung liegt jetzt einzig und allein bei den sozialdemokratischen Führern. Die KPD. ist soweit entgegengekommen, als das proletarische Klasseninteresse nur irgendwie erlaubt. Viele sozialdemokratische Arbeiter sind 14 Tage nach dem Landesparteitag schon wieder gegangen wie ihre Hausstraggen in der Siebenerkommission. Für die sozialdemokratische Linie ist das Gebot der Stunde: Rückgrat gegen die Koalitionsmänner! Versagt die Linke an der Durchführung dieser elementarsten Dinge, dann ist nicht nur eine entscheidende Schlacht im Kampfe gegen die Rechte verloren, sondern ihre eigenen Anhänger werden über sie hinweggeschickt.

## Der Beschluß der KPD.

Chemnitz, 19. März 1923.

Die erweiterte Landespartei-Körperschaft der KPD., Landesvorstand, Landtagsfraktion und der 5 Delegierten aus den drei sächsischen Parteibezirken nahm am Montag den 19. März in einer Tagung in Dresden Stellung zum Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Siebener-Kommission der USPD. mit den Vertretern der KPD.

Nach mehrstündiger erschöpfender Aussprache billigte die Versammlung mit 21 gegen 7 Stimmen die vereinbarten Richtlinien als Grundlage für die Unterstützung einer neu zu bildenden sozialistischen Minderheitsregierung durch die Kommunisten.

## Genosse Lenin Ehrenvorsitzender der 3. Internationale.

Aus Moskau kommt die Meldung, daß die Exekutive der 3. Internationale aus Anlaß der Feier des 25. Jahrestages der Begründung der Russischen Sozialdemokratischen Partei, aus der die Bolschewisten hervorgegangen sind, ein Schreiben an die Kommunistische Partei Deutschlands gerichtet hat, worin ihre Verdienste um die Weltrevolution und ihre Führerschaft in der 3. Internationale geteilt werden. Der verdiente Führer der Bolschewisten, Genosse Lenin wurde zum Ehrenvorsitzenden der 3. Internationale gewählt.

Wir begrüßen diese Ehrung unseres Genossen Lenin, umso mehr als sie zusammenfällt mit seiner Genesung. Hatte doch die Freude der 3. Internationale ihn wieder einmal tot gesagt. Der heutige ärztliche Bericht über das Befinden des Genossen Lenin lautet:

„Die Bewegungsfähigkeit der Hand und des Beines nimmt zu. Die Sprachstörung hat keine weitere Besserung erfahren; das Allgemeinbefinden ist andauernd gut.“  
Wir alle hoffen, daß unser „Alter“, das Haupt der russischen Sowjetmacht, jenes Anaragist, welches die

Am 4. Uhr nachmittags wurden nach dem gewaltigen Massenmeeting die Verhandlungen der Konferenz fortgesetzt. Die vertretenen Gruppen der USPD. schlagen den Genossen Barnewald und die USPD. den Genossen Fisch zum Präsidium vor. Es folgte die Verlesung von Begrüßungs-telegrammen aus dem Ausland sowie aus Deutschland selbst. Die Konferenz tritt sodann in die Tagesordnung ein. Erster Punkt:

### Die Lage in Frankreich.

Hierzu ergreift ein Vertreter der USPD. das Wort.

Bis zum Jahre 1914 konnte man sagen, daß der französische Gewerkschaftsbund mit revolutionärem Geist erfüllt war. Aber der Krieg brachte eine Enttäuschung. Die Gewerkschaften verlangten, das führte zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Reformisten und Revolutionären, die 1920 zur Spaltung der Gewerkschaften führte. Die Schuld trifft die Reformisten, denn die revolutionären Gewerkschaften sind bis an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs ist trostlos. Die Staatsschuld beträgt 400 Milliarden Franken. Die Steuerpolitik der Regierung schützt das Kapital und wälzt die Lasten auf die Arbeiterschaft ab. Das hat zu schweren Abwehrkämpfen der Arbeiterschaft geführt. Wer von unserer Partei dieser Raubpolitik Voincares entgegentritt, wird verfolgt. Drei Teilnehmer der Konferenz in Essen wurden verhaftet. Neue Verhaftungen stehen bevor. Aber Personen spielen keine Rolle. Die Sache geht uns über alles. (Stürmischer Beifall.) In ihren Kämpfen steht unsere Partei allein. Die Reformisten spielen auch in Frankreich die Rolle der Gecken. Aber die Arbeiter beginnen zur Einsicht zu kommen. Die Aktion muß schärfer und energischer werden. Das französische Proletariat wird seine Pflicht tun, und wenn es zu einem neuen Kriege kommen sollte wird es unverzüglich mit dem Generalstreik einziehen, was wir auch von den deutschen Proletariern erwarten.

Zum zweiten Punkt spricht

### Gen. Brandler über die Lage in Deutschland.

Wir sehen heute in Deutschland als Folge der sozialdemokratischen Politik nach dem Zusammenbruch des kapitalistischen Wiederaufbaus den Zusammenbruch der Finanzen, der Ernährungswirtschaft und den unmittelbaren Zusammenbruch der Produktion. Die Unternehmerrasserie wird immer aggressiver. Die Folgen sind die Herabsetzung der Lebenshaltung des Proletariats und die Expropriation der Mittelschichten der Bourgeoisie. Wir verlangten 1918 die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie, und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Weil das nicht gelang, ist es so gekommen, wie es heute steht. Hätten die Kommunisten im Jahre 1918 die Mehrheit hinter sich gehabt, wäre auch die Ruhrbesetzung unmöglich gewesen. Nur wenn es möglich ist, die Bourgeoisie niederzuwerfen, und die Macht der Arbeiterklasse wenigstens in Gestalt einer Arbeiterregierung aufzurufen, wird die Abwehr der französischen Invasion möglich sein. Das deutsche Proletariat ist nicht weniger revolutionär, als es zur Zeit des Umsturzes war. Aber durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokraten ist es vorrückiger geworden. Zusammenfassend können wir sagen: Wir sehen auf der einen Seite Zerfall und Zerlegung der Reaktion, auf der anderen Seite ein Wachsen der revolutionären Kräfte des Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

### Genosse Reibold.

Spricht im Namen der revolutionären Arbeiter Englands. Er kann nicht verkennen, daß die deutschen Arbeiter von den englischen eine aktive Unterstützung erhalten können. Die kommunistische Partei Englands ist noch zu schwach. Die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften stehen auf der Amsterdamer Seite.

Zum Schluß verliest der Vorsitzende eine Erklärung der USPD., in der die Gefahr der Ruhrbesetzung geschildert wird. Der Arbeitersolidarität mit den Kapitalisten müßte ein Ende gemacht und der Kampf um die Arbeiterregierung in allen Ländern aufgenommen werden. An Stelle der Verbindung mit dem Bürgerturn müßte die Verbindung mit der USPD. und KPD. treten.

Sodann gab die USPD. noch eine Erklärung ab, nach der sie bereit sei, unter Hinterrückstellung aller Parteipreferenzen an dem Zustandekommen der Einheitsfront mitzuarbeiten. (Wir brauchen diese Erklärungen bereits gestern auf der 1. Seite. D. Red.)

Frankfurt, den 19. März 1923.

Die Sitzung beginnt um 9 Uhr. Der Vorsitzende verliest noch mehrere Begrüßungsgramme. Sodann ergreift

### Genosse Solowski

zur Tagesordnung das Wort. Die Hauptaufgabe unserer internationalen Konferenz ist, Richtlinien aufzustellen im Kampf gegen Militarismus und Faschismus. Mit jedem Jahre verschärft sich die internationale politische Lage. Die Schulden Frankreichs steigen ins Unermessliche und da die französische Scherenschnittlinie diese Schulden nicht tilgen will, nach Deutschland nicht zahlen kann, versucht man, sich durch die Ruhrbesetzung schadlos zu halten. Ein zweiter Stumpf der französischen Ruhrbesetzung ist der Kampf der französischen Scherenschnittlinie, die Ruhrrohle in ihre Hände zu bekommen. Frankreich fürchtet noch immer Deutschland als wirtschaftliche Macht

und will sie zersplittern, damit Frankreich sowohl politisch als wirtschaftlich als erste Macht Europas dasteht. In Deutschland hat die besiegte Bourgeoisie versucht, alle Kriegs- und Reparationslasten auf das Proletariat zu wälzen. Der Riß zwischen den Bourgeoisien Deutschlands und Frankreichs gibt erstere wieder Gelegenheit, den Plan des „Burgfriedens“, der nationalen Einheitsfront, aufzurollen. Aber die breiten Arbeitermassen wissen, daß die Kosten einer solchen Einheitsfront nur von dem Proletariat getragen werden müssen und wollen nichts davon hören. Dagegen macht sich immer schärfer der Ruf nach einer

### Einheitsfront aller Arbeitenden

bemerkbar. Im Streit zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie hat England das Ziel, die beiden Gegner so geschwächt zu haben, daß beide unter seinem Einfluß kommen. Die Ruhrbesetzung schafft eine neue internationale Lage und bringt die Gefahr neuer Kriege mit sich. Was hat die Arbeiterschaft in dieser Lage getan? Der kürzlich abgehaltene Friedenskongress im Haag drohte im Falle des Kriegsausbruches mit dem Generalstreik. Aber papierenen Resolutionen sind keine Taten! Die Ruhrbesetzung beweist das wieder deutlich. Von der zweiten Internationale und von Amsterdam ist nichts zu erhoffen. Es sind Gesellschaften zur Herstellung von Resolutionen, aber keine Internationalen der Tat. Nur die Kommunisten aller Länder, und zu ihrer Ehre sei es gesagt, Gruppen der USPD. und der Sozialdemokratie sind von der Ideologie des Burgfriedens befreit und führen den Klassenkampf fort. Das ist die größte historische Tatsache der jetzigen Zeit. Amsterdam behauptet, wir hätten versagt. Wenn wir keine internationale Einheitsfront organisiert haben, so deshalb, weil immer noch die großen Massen unter dem reformistischen Einfluß stehen. Wenn wir Kommunisten die Mehrheit haben, dann machen wir die soziale Revolution, wie das in Rußland geschah. Die Sozialdemokratie macht auch Revolution, aber sie überläßt sie dann der Bourgeoisie. Aber welche Politik ist besser? Weder der englische, noch der französische, noch irgend ein anderer Imperialismus wagt, nach Rußland zu gehen. Aber sie wagen, in Deutschland einzufallen. Nieder mit dem Versailler Friedensvertrag! und: Rußland aus der Ruhe! das muß jetzt unsere Losung sein. Wenn das nicht geschieht, dann werden die nächsten Jahre neue Kriege bringen, die Millionen Opfer fordern. Wie ist es nun mit dem Aufbau der verwüsteten Gebiete? Der Aufbau der verwüsteten Gebiete darf nicht auf Kosten der Arbeiter, sondern auf Kosten der Besitzenden geschehen. Arbeiter haben während des Krieges mit ihrem Blute bezahlt. Jetzt sollen die kapitalistischen Räuber den Wiederaufbau mit Geld bezahlen. Wir müssen eine systematische Propaganda unter den Truppen aller Länder betreiben. Eine Form dieser Propaganda ist die Verbrüderung der Verbände mit den Besatzungstruppen. Die Wirksamkeit dieser Art der Propaganda ist durch die Zerlegung der deutschen Besatzungstruppen in Rußland deutlich zutage getreten. Unsere Zuversicht hat in den letzten Monaten auf diesem Gebiete viel zeleitet. Unsere Arbeit unter den Jugendlichen und Frauen ist eine sehr wichtige Frage, die uns große Erfolge bringen wird. Arbeiterdeputationen aus allen mit Frankreich verbündeten Ländern müssen in das Ruhrgebiet geschickt werden, um zu sehen, wie die französischen Militärs im Ruhrgebiet haufen. Wir müssen enge Bündnisse zwischen den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Eisenbahnern organisieren, die den Kampf mit dem Militarismus kräftig aufnehmen können. Kontrollausschüsse mit nationalen und internationalen Kampfaufgaben müssen in allen wichtigen Orten geschaffen werden, besonders in jenen Ländern, die dem französischen Imperialismus untertan sind, um durch diese Länder dem französischen Imperialismus den ersten Stoß zu versetzen. Wir müssen unsere Kampfmethoden den Arbeitern in den Betrieben immer mehr klar machen. Wir müssen eine besondere internationale Woche gegen die Kriegsgefahr im April veranstalten. Der Kampf muß international, nicht national geführt werden. Wir müssen noch einmal mit den führenden Instanzen der internationalen Organisationen in Fühlung treten, trotz aller bisherigen schlechten Erfahrungen. Wir müssen ein 21 gliedriges Aktionskomitee hier wählen, in dem Arbeiter aller Richtungen und Nationen vertreten sind, das den Kampf weiter führen soll. Seine Hauptaufgabe soll in der Herstellung der Einheitsfront liegen. Es muß auf einen internationalen Arbeitertag hingearbeitet werden. Unsere einzige Bedingung ist:

### Kein Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie.

In Frankreich, dem Zentrum der Reaktion, muß der Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag mit besonderer Kraft betrieben werden. In Deutschland muß unsere Losung sein: Einheitsfront und Arbeiterregierung und sofort ein Einheitsbündnis mit Sowjetrußland, und wenn dann eine französische Armee trotzdem marschiert, dann wird die deutsche Arbeiterklasse sagen müssen: Wir wollen keinen Krieg. Es müssen Opfer gebracht werden, aber nicht von den Arbeitern, sondern von der Bourgeoisie, bis die französische Arbeiterschaft genügend stark ist, um dem französischen Imperialismus ein Ende zu machen. In England muß die Arbeiterpartei gezwungen werden, gegen die Kolonialpolitik aufzutreten.

Keine andere Macht der Erde kann die Arbeiterschaft retten, bloß die Arbeiterschaft selbst kann das tun. Wir müssen einen festen proletarischen Dreiecksbund gründen, einen Bund der russischen, deutschen und französischen Arbeiterschaft, der das Ende für die herrschende Klasse bedeutet.

Nach der Verlesung mehrerer Begrüßungsgramme wird die Sitzung am Nachmittag vertagt.

Wenigstens durch ein Attentat ihm beibrachten, vollständig überwunden und er seine Mission, die Weltrevolution, durchzuführen wird.

Die Mitglieder der 3. Internationale werden deshalb diese Freudenbotschaft zu würdigen wissen. Wir selbst haben heute auf dem Verwaltungsgebäude der Produktionsgenossenschaft anstatt dieser Freudenbotschaft, eine von den Parteiangestellten gestiftete Kakekache mit dem Sowjetstern geholt. Möge dieses Wahrzeichen der 3. Internationale hinausleuchten in die schlesischen Lande in der Zeit der erhöhten Faschistengefahr, um die Arbeiterschaft an ihre Pflicht zu mahnen, sich selbst zu befreien vom Druck der kapitalistischen Gesellschaft, gleich den russischen Arbeitern und Bauern, die Fesseln zu sprengen!

### Eine Festabendversammlung in Altona geprent.

Am Donnerstag abend sollte im „Rascherhof“ in Altona a. E. eine öffentliche, anonyme einberufene Versammlung stattfinden, in der ein angeblicher Betriebsrat

aus Essen über Selbsterlebtes aus dem Ruhrgebiet reden sollte.

Die zahlreich anwesenden Arbeiter verlangten zu Beginn der Versammlung, die von bekannten Altonaer Unternehmern geleitet werden sollte, zu wissen, wer der Embruder der Versammlung sei. Das wurde nicht bekanntgegeben. Die Arbeiter verlangten eine Diskussion, die verweigert wurde. Es entspann sich eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf die Altonaer Arbeiter kurzerhand die Versammlungsleiter zum Teufel jagten, da die Versammlung ganz offenbar einen national-kapitalistischen Charakter tragen sollte. Die Bühne wurde geräumt, es kam zu einer Schlägerei, die von einem Versammlungsleiter provoziert worden war. Später erschien die Sipo und löste die Versammlung auf.

Unser Genosse und Mitglied der Hamburger Bürgergesellschaft Hoffmann wurde verhaftet, da er der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht sofort nachkam.



## Verhandlungsführer.

Die bürgerliche Presse ist voll von Andeutungen und Gerüchten über französisch-englisch-deutsche Verhandlungsführer. Im Zusammenhang mit den sogenannten Interventionsgerüchten hat auch der Außenminister seine schon seit Tagen angekündigte Reichstagsrede verschoben. Während die Öffentlichkeit nur leise vorbereitet wird und noch immer nationaler Widerstand markiert wird, ist das Geschäft hinter den Kulissen der kapitalistischen Kreise annähernd perfekt. Es ist sehr bezeichnend, daß auch in der rechtsstehenden Presse angesichts der Lage von einer Räumung des Ruhrreviers vor Beginn der Verhandlungen keineswegs mehr die Rede ist.

## Reichstagsführung vom 20. März 1923.

Zu Beginn der Dienstagssitzung protestierte Präsident Loeb gegen die Verhaftung des inzwischen wieder freigelassenen Abg. Quack in Essen und des Abg. Höllein in Paris, derenwegen das Auswärtige Amt den deutschen Geschäftsträger beauftragt habe, an die französische Regierung eine Anfrage zu richten.

Nachdem dann das Gesetz über die Erhöhung der Unterstellungen für Sozialrentner in der dritten Lesung debattelos angenommen war, wurde die zweite Beratung des Etats beim Haushalt des Reichspostministeriums fortgesetzt. Die Reichspostverwaltung erfordert einen Zuschuß von 1524 Milliarden. Der Reichspostminister Stin-gel fügte hinzu, daß z. B. ein Fehlbetrag von 1204 Milliarden bestehe. Im übrigen beschäftigte er sich in seiner Rede hauptsächlich in der jetzt üblichen Weise mit der Ruhrbesetzung und versprach die ausgewiesenen Beamten vor wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren. Die Redner der Parteien beschäftigten sich im allgemeinen mit Beamtenfragen. Der soz. Abg. Laubadel forderte den Minister auf, auch gegen diejenigen höheren Beamten einzuschreiten, die politische Agitation gegen die Sozialdemokratie und andere republikanische Parteien treiben.

Der Redner unserer Fraktion zum Postetat wird eine Entschlebung begründen, worin von der Regierung gefordert wird, statt der unzulänglichen Vorzuschußzahlungen den Beamten, Angestellten und Staatsarbeitern auch für den Monat März eine erneute Zulage in Höhe der Februarzulage zu gewähren, mindestens aber für die Arbeiter und Angestellten, sowie für die Beamten der Gehaltsstufen 1 bis 8. Ferner möge die Regierung die geplante Reform der Besoldungsordnung beschleunigen und künftig an Stelle der prozentualen Teuerungszuschläge Kopfzuschläge, die der wachsenden Teuerung entsprechen, treten lassen.

## Das Land.

### Erfolgreiche Arbeit eines Kontrollausschusses in Schlesien.

#### Kleinbauern und Arbeiter wirken Hand in Hand!

Wir erhalten folgende Zuschrift, die zeigt, was ein Kontrollausschuß zu leisten vermag, wenn er getragen ist von der Masse der arbeitenden Bevölkerung:

„Der Frauenausschuß des Kontrollausschusses für Braunsitz und Umgegend (Schlesien) wurde im Dezember beim Bürgermeister von Braunsitz vorstellig, um durch letzteren eine Verbilligung der Milch und anderer Lebensmittel für Säuglinge, Minderbemittelte, zu bewirken. Nach 6 Wochen schickte der Bürgermeister die Antwort, welche besagte, daß alle seine Versuche und Bemühungen zwecks Verbilligung der Milch ergebnislos geblieben seien.

Jetzt wandten sich die Hausfrauen von Braunsitz und Umgegend an den Vorsitzenden des Bundes schaffender Landwirte. Letzterer, sehr entrüstet über die Angaben des dortigen Bürgermeisters, wurde bei demselben vorstellig, um zu erfahren, worin die Bemühungen und Versuche zur Verbilligung der Milch bestanden haben, welche nach seinen Angaben ergebnislos geblieben seien. Der Bürgermeister erklärte, er habe zunächst das Gesuch befürwortend an den Landrat des Kreises Müllisch weitergegeben. Dieser habe das Gesuch an den Vorsitzenden des Landbundes, Herrn Gutsbesitzer Feige in Bortschenschine weitergeleitet. Dieser Herr hat bis zur Stunde überhaupt nicht geantwortet. Dabei ist der Landbund die Organisation, welche auf ihrer letzten Generalversammlung beschlossen hat, billige Lebensmittel an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Also versprochen haben diese Heuchler es, aber nur, um auf demagogische Weise Stimmensfang zu den Wahlen zu treiben.

Der Vorsitzende des Bundes schaffender Landwirte drückte seine Verwunderung darüber aus, daß man sich nicht amtlicherseits auch an ihn gewandt habe, und nur an den Landbund, obwohl bekannt ist, daß der Vorsitzende des Bundes schaffender Landwirte es im letzten Jahr fertig brachte, einen Waggon Kartoffeln, 2 Ztr. Mehl und 16 Zentner Obst für die Breslauer Arbeiter kostenlos zur Verfügung zu stellen, außerdem übergab er dem Bürgermeister von Braunsitz einen Korb Eier, der zum halben Preis an die dortigen Minderbemittelten verkauft werden sollte. Er erklärte dem Bürgermeister, daß der Bund schaffender Landwirte nach wie vor für die Not Minderbemittelter und Arbeitsloser Verständnis habe und die Forderung des Kontrollausschusses von Braunsitz und Umgegend unterstütze, wonach alle Produkte den Braunsitzer Minderbemittelten verbilligt zur Verfügung gestellt werden sollen und zwar: Unter Aufsicht 1. des Kontrollausschusses, 2. des Vorsitzenden des Bundes schaffender Landwirte und 3. der Behörde. Letztere sollte vor allem auch die Freibank, welche unbenuzt ist, zur Verfügung stellen.

Zum Erkennen der armen Bevölkerung von Braunsitz und Umgegend versuchte nun der Bürgermeister die Sache unmöglich zu machen. Er hob hervor, daß die dortigen Geschäftsleute ihn bestimmen würden, wenn er

der geplanten Verbilligungsaktion Rechnung tragen würde. Es hatte sich nämlich schon gezeigt, daß die Braunsitzer Arbeiter durch den Bund schaffender Landwirte die gute Butter um 400 Mt. billiger kauften, als wie bei den Geschäftsleuten minderwertige Margarine. Der Bürgermeister verbarg sich ferner hinter dem Kreisausschuß Müllisch, die er als seine vorgelegte Behörde zuerst fragen müsse, ob die Verbilligung erlaubt werden dürfe. (1)

Auf das Angebot auf Kosten des Bundes schaffender Landwirte einen Kurier nach Müllisch zu senden, um die Sache schneller zu erledigen, erklärte der Bürgermeister, nach Schluß der Dienststunden das Gesuch an den Kreisausschuß zu schreiben, die Antwort dann sofort dem Bundes zustellen, damit es in der Versammlung bekanntgegeben werden könne. In dem Antwortschreiben wird ausgedrückt, der Kreisausschuß habe kein Interesse an der Verbilligung der Lebensmittel durch den Bund schaffender Landwirte, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, sei Sache der Ortsbehörde oder des Bürgermeisters. Es sei nicht zu raten, die Sammlung und Verteilung der Lebensmittel durch den Vorsitzenden des Bundes schaffender Landwirte ausführen zu lassen. (Daß das Schreiben in die Hände des Kontrollausschusses kam, soll anscheinend ein gerichtliches Nachspiel haben. Der vom Bund schaffender Landwirte bezahlte Kurier hätte das Schreiben dem Bürgermeister und nicht dem Kontrollausschuß bringen sollen d. R.)

Trotz Androhung von gerichtlichem Nachspiel hat der Kontrollausschuß seine Verbilligungsaktion ohne Kreisausschuß, Bürgermeister und Freibantgebäude in Angriff genommen. Ein Kontrollausschußmitglied stellte seine Stube als Ersatz für die Freibank zur Verfügung. Der Vorsitzende des Bundes schaffender Landwirte ließ die Lebensmittel dorthin liefern, wobei herauskam, daß die in vorzüglicher Qualität abgegebenen Fleischwaren um 1000 Mt. pro Pfund billiger waren, wie beim Fleischer.

Arbeiter Minderbemittelte, stellt Euch geschlossen hinter den Kontrollausschuß, schiebt beiseite, was Euch hindernd in den Weg tritt, dann werdet Ihr die Teuerung besiegen!

Kontrollausschuß von Braunsitz: J. A.: Steller und Frau Schwarz.

Bund schaffender Landwirte: J. A.: Brehm.

Tabatarbeiterverband: J. A.: Barantke.

Metallarbeiterverband: J. A.: Vaisch.

J. A. der Tischler: Schwarz.

Mieterschuhverband: Minlot.

Transportarbeiterverband: Schaf.

## Schlesische Rundschau.

### Ablehnung der Ueberschichten.

Die Betriebsräte und Zahlstellenleiter des Bergarbeiter-Verbandes im Waldenburger Kohlenrevier lehnen auf Drängen der Bergarbeiter eine Fortführung des Ueberschichtenabkommens (8 Stunden) ab! Sie fordern trotz Sabotage und Abänderungsanträgen der Betriebsangeestellten und des Vertreters vom Hauptvorstand die sofortige Kündigung!

Nachdem eine Revierkonferenz in gleicher Zusammenlegung wie oben angegeben, im Januar mit Majorität dem Ueberschichtenabkommen zugestimmt hatten, rief dieser Beschluß, der die elementaren Rechte eines jeden mit Füßen trat, unter den Bergarbeitern eine Erbitterung hervor. Das Neuroder Revier, einzelne Gruben um Gottesberg lehnten trotzdem das Verfahren der 8. Stunde ab. Und auf das Drängen der Bergarbeiter von den anderen Gruben haben jetzt die Bürokraten des Bergarbeiter-Verbandes reagieren müssen, um zur Frage der 8. Stunde noch einmal Stellung zu nehmen. Zu diesem Zwecke hatte man am Sonntag den 18. 3. vorm. 9 Uhr im „Schwert“ in Waldenburg erneut eine Revierkonferenz einberufen. An derselben nahmen teil neben den Betriebsräten und Vertrauensleuten der freien Gewerkschaften, auch die der Christlichen, und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaft angehörnden Betriebsräte nebst ihren Organisationsvertretern. Vom Hauptvorstand des Bergarbeiter-Verbandes war Schmidt erschienen. Der Angestellte Beder leitete die Versammlung mit einem kurzen Referat ein, und empfahl die erneute Annahme der Ueberschichtenarbeit. Was natürlich von den meisten der Teilnehmer entrüstet zurückgewiesen wurde. Der Vertreter des Hauptvorstandes, Schmidt, hatte sich als Diskussionsredner einzustellen lassen. Er ging in längeren Ausführungen auf die Verhältnisse im Ruhrgebiet ein, streifte dabei das Problem der Ruhrhilfe, sowie in kurzen Worten die Ursachen der Besetzung. Seine Ausführungen, kennzeichneten den Typ eines Sozialdemokraten, nebst seiner politischen Einstellung, wie er eben zur Zeit der nationalen Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen nicht anders sein kann! — Nachdem nun der Vertreter der Christlichen Organisation kein Sprößlein hergesagt hatte, und ebenfalls das Weiterverfahren der 8. Stunde empfohlen, hatten zwischendurch und nachher unsere Genossen sowie Sozialdemokratische Betriebsräte das Wort ergriffen, um in scharfen, aber sachlichen Worten zu betonen, daß sie es ablehnen die 8. Stunde weiter zu verfahren. Von unser Seite sprachen die Genossen Ulrich, Müller, Honisch, Schaubert, Grahl. — Eine berechtigte Unruhe setzte ein, als der unvermeidliche Sozialdemokrat Glahel das Wort ergriff, um zum Soundstimmensmache die Konferenzteilnehmer, mit dem, nur schon seit Jahren bei sich in der Tasche herumgetragenen Versprechen zu langweilen, und Ihnen zum 100. Male sein Leid zu klagen, wie unbankbar doch die Arbeitskollegen, die im

gegenüber sind. Ein einlaufender Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Nachdem nun der Angestellte Hoffmann eine alte Waise, verstärkt mit ein paar Italen aus der Bergwacht am Tage zuvor, heruntergeklettert hatte, nahm der Kollege Beder das Schlußwort, und versuchte vergebens die Kollegen von der Notwendigkeit der Ueberschichtenarbeit zu überzeugen. Doch alle Kunst war umsonst.

Die geheime Abstimmung ergab 111 Stimmen für Ablehnung und 54 Stimmen für Weiterführen der Ueberschichtenarbeit. 3 Stimmen ungenügend.

Ein Antrag der B. L. erst zum 15. respektive 30. April zu kündigen wurde ebenfalls mit Majorität abgelehnt.

Sodas also

am 31. März die letzte Ueberschichtenverfahren wird.

Zu Punkt Ruhrhilfe nahm der Angestellte Wischmann das Wort. Er bedauerte, daß vom Gewerkschaftskartell die Ruhrhilfe abgelehnt wurde und um den Beschluß des Kartells nicht zu sabotieren, müsse man unter anderen Namen für die Ruhrhilfe sammeln. Die übrigen Ausführungen wollen wir dem Wischmann sparen. Denn der arme Kerl scheint sich immer mehr in der Rolle eines Phrasenfans zu gefallen. Genosse Schulz, Dittersbach, legte nun in klarer Weise unsere Stellung zur Ruhrhilfe dar. Er wies auf die Solidaritätsaktion der russischen Gewerkschaften hin und zeigte den aufmerksam lauschenden Konferenzteilnehmern, daß das Problem der Ruhrbesetzung nur durch eine internationale Aktion des Proletariats wird gelöst werden können. „Das heißt eine Lösung im Interesse der Arbeiterschaft!“ Die Ausführungen des Gen. Schulz riefen nun nacheinander den Vertreter des Hauptvorstandes, Schmidt, sowie den Vertreter der Hirsch-Dunkerschen, Schaf, auf den Plan. Während Schmidt vom Hauptvorstand durch Demagogie einen großen Teil der Anwesenden brüskierte, was natürlich eine Unruhe hervorrief, und mangels besserer Auswege auf Rußland und die Kommunisten schimpfte, murmelte der Vertreter der Hirsche, Schaf, etwas in den Saal, was man aber nicht verstehen konnte. Nachdem nun noch der wankelmütige und ehemalige „halbe Mostaujünger“, der Angestellte des DMW, Dähler, durch ein paar Worte die Anwesenden darauf aufmerksam machte, daß er auch im Saal war, ergriff Wischmann das Schlußwort. Der Vorschlag, für die Ruhrhilfe durch die Gewerkschaften sammeln zu lassen, wurde dann auch gegen eine starke Minorität angenommen. Am Schluß der Konferenz gelangte es sich der unentwegte Hoffmann nicht verneinen, in indirekter Weise den Teilnehmern noch einmal zu verstehen zu geben, wie sie es wagen konnten, entgegen dem Willen der B. L. für Ablehnung der Ueberschichtenarbeit zu stimmen. — Wir aber rufen den Bergarbeitern zu, drückt Eure Führer, damit Sie dafür sorgen, daß sofort eine den Preisverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung stattfindet.

## Aus Gewerkschaften und Betrieben.

### Ihr laßt den Armen schuldig werden.

Ein großes Licht auf die Zustände in der kapitalistischen Gesellschaft wirft folgender Fall, der sich vor kurzem in Dungs-lau ereignet hat. Dort waren bei einer Bauarbeitergruppe seit einiger Zeit verschiedene Lebensmittel, die zur Befestigung am Arbeitsort dienen, abhanden gekommen. Als Dieb stellte sich schließlich ein 64jähriger Arbeiter heraus, der bei der Siedlungsgenossenschaft beschäftigt war. Er wurde sofort von dem Aufsichtsrat entlassen. Doch nun kommt das Haarsträubende bei diesem Fall. Nachträglich stellte sich heraus, daß man es gewagt hat, diesen alten Mann, einen Sozialrentner, der noch seine Frau zu ernähren hatte, für seine Sandarbeit einen Stundenlohn von sage und schreibe 100 Mark zu zahlen. Also hat der Hunger den Bedauernswerten zu solchen Handlungen geführt. Verbrecher ist aber hier nicht der arme Prolet, sondern die Gewissenlosen, die ihre Mitmenschen durch Hungerlöhne zu Verweilungszuständen gegen die eigenen Klassengenossen treiben. Erst die kommende kommunistische Gesellschaft wird diesem Elend ein endgültiges Ende bereiten.

### Eine Bezirksfraktionsführung der Bergarbeiter Waldenburgs

findet am Sonntag, den 25. März, nachmittags 2 Uhr im „Goldenen Beder“, Ober-Waldenburg statt.

Alle Fraktionsvorsitzenden der Bergarbeiter müssen unbedingt erscheinen. Außerdem sind die Kreisvorsitzenden der Bau-, Metallarbeiter-, Porzellan- und Textilindustrie eingeladen.

### Ein Opfer des Ausbeutungssystems der Gesellschaftlichen Zementfabrik.

Am Donnerstag, den 8. März, vormittags, ereignete sich in der Gesellschaftlichen Zementfabrik Oppeln ein bedauerndes Unfall dem der (Sprenger) Invalide Kurpiers aus Klein Neudorf, bei einem neuen Sprengstoffversuch zum Opfer fiel. Der Sprengversuch wurde an einem Stahlgußteigrad im Steinbruch selbst ausgeführt. Dielem Versuch wohnten auch verschiedene Direktoren anderer Industrien bei. Der Sprengstoff hatte eine so große Wirkung, daß die Stände weit über 100 Meter flogen. Ein Stück von ungefähr 15 bis 20 Pfund slog dem Kurpiers an die Wangengegend, sodas er auf der Stelle tot zusammenbrach. Arbeiter, an euch wird es liegen, dafür einzutreten und in einer Betriebsversammlung zu fordern, daß die Verwaltung der Witwe restlos den Vohn des verunglückten Arbeiters, der 30 Jahre bei der Firma beschäftigt war, weiterzahlt. Und von unserem Gewerkschaftsführer (Donzen) verlangt, daß er für die Witwe bei der Verwaltung eintritt, damit sie nicht den Hungertod stirbt. Arbeiter denkt daran, daß der Gewerkschaftsführer Bomba so warm in der letzten Betriebsversammlung für die Ruhrpende eingetreten ist und sogar die Freiheit besaß, zu fordern, daß ihr zwei Ueberschichten machen sollt. Daher zwingt ihn, daß er auch jetzt für die Hinterbliebenen eintritt. Es würde doch wohl der Firma nicht schwer fallen, da die Zementindustrie 20 Millionen für die Ruhrpende opfert.

### Die wahre Ruhrhilfe.

Die Belegschaft der Viktor-Grube in Ossenbera, hat am 21. März in der Vormittagsversammlung mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen, einen Stundenlohn für die Ruhrhilfe zu opfern und das Geld an den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte abzuliefern.

Bravo! Das ist die wahre Hilfe im Kampf gegen französische und deutsche Imperialismus! Das ist proletarische Solidarität!



# Breslau. Solales.

## Verantwortliche Erklärung in der Klage gegen die Volkswacht.

(Die Millionen der Kommunisten.)

Als vor einigen Monaten sich die kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien, ansah, den Druck ihres Organes, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, in eigene Hände zu übernehmen, um sich von den Klauen privatkapitalistischer Unternehmungen freizumachen, bekamen die Arbeitervertreter in der Klagestraße hysterische Krampfanfälle, suchten mit den Armen in der Luft umher und riefen heiß und geschwollen vor Konkurrenzneid: „Wo haben die Kommunisten die Millionen her?“

Da sie wußten, daß sie mit dieser Frage weniger Interesse bei der Arbeiterklasse hervorrufen werden, geben sie selbst in demagogischer Weise Antwort und behaupteten: „Die Kommunisten beziehen Gelder von der Reaktion, um die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen das Kapital zu zersplittern.“

Nicht um uns in der Öffentlichkeit von derartigen Anschuldigungen reinzuwaschen, sondern um diesen Schandbuben Gelegenheit zu geben, den Beweis ihrer Behauptungen zu erbringen, wandten wir uns an das Gericht, an das bürgerliche Gericht der bürgerlichen Volkswacht. Wir erhoben als Verlegerin der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ und als Trägerin der geschäftlichen Unternehmungen der kommunistischen Partei gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkswacht“, Hans Sathmann, Klage.

Jetzt hätte man meinen sollen, daß endlich das VSDG-Organ die Gelegenheit ergreift und das gesamte Material, das angeblich in ihrem Besitz ist, vorbringt, um der Öffentlichkeit zu zeigen, welches freches Spiel die SPD mit der Arbeiterklasse treibt. Jetzt hätte man meinen sollen, daß endlich die Redaktion der „Volkswacht“ vor ihrem Tribunal den Kommunisten die heuchlerische Maske vom Gesicht reißt.

Weit gefehlt! Vor Gericht erschien nicht ein empörter Führer der Arbeiterklasse, der beladen mit schwerstem Belastungsmaterial seinen Gegner in die Knie zwingt, sondern vor Gericht schlichen sich einige Rechtsanwältinnen, die mit allerlei Kniffen der Öffentlichkeit beweisen, daß ihr Klient ein ganz erbärmlicher, greinender Hofsenscher ist, der nicht zu seinen Taten steht, sondern winselnd erklärt: „Ich habe euch gar nicht gemeint, sondern die anderen!“ Dieses Winseln ging den Richtern derart zu Herzen, daß diese erklärten: „Nun dann ist die Sache anders, dann fehlt dem Kläger die „Aktivlegitimation“, aber auch ohne dein Winseln, fehlt es den Kommunisten an einem Rechtsschutzbedürfnis!“

Dieses war der Sinn der im Juristendeutsch festgelegten Entscheidungsgründe. Und diese Entscheidungsgründe lassen föhlig die „Volkswacht“ ihre Wasthelligkeit vergessen und machen sie wieder mutig, wie jenes Bürglein, daß sich eben aus einer unangenehmen Situation windeln konnte. Sie jubeln, daß die Kommunisten einen „Reisfall“ erlebten, sie wundern sich, daß die Kommunisten das bürgerliche Gericht der bürgerlichen VSDG in Anspruch nehmen und sie erlauben sich die bescheidene Anfrage, ob eine „Arbeiterpartei“ auf so blöde Weise verplempern darf.

Wir erklären darauf, daß wir der „Volkswacht“ nicht Regenshaft schuldig sind, weil wir sie zur Verantwortung ziehen. Mit diesem Geschwätz löst sich die „Volkswacht“ nicht von ihrer Gemeinheit los. Waren wir heute schon in der Lage, diese Burschen vor ein proletarisches Gericht zu zitieren, so würde der Prozeß schon längst erledigt sein und mit Schimpf und Schande hätte man die verantwortlichen Herren in der Klagestraße aus den Reihen der Arbeiterklasse gejagt; so aber genießen diese noch immer den Schutz des bürgerlichen Rechts. Dies hält uns aber nicht ab, unser Vorhaben mit Energie durchzuführen und die „Volkswacht“ zum Beweis ihrer Behauptung zu zwingen. Gegen das Urteil des Landgerichts haben wir Berufung eingelegt und wir werden, selbst wenn wir erneut mit unserer Klage abgewiesen werden, den Privatklageweg beschreiten, bis die Angelegenheit endgültig erledigt wurde.

Es liegt an der „Volkswacht“, zu verhindern, daß eine Arbeiterpartei auf so blöde Weise Geld verplempernt. Entweder sie bringt in ihren Spalten den Beweis, daß die kommunistische Partei von der Reaktion Geld bezog, um die Arbeiterklasse zu zersplittern, oder sie erklärt in ihren Spalten, die Verleger der betreffenden Artikel in der „Volkswacht“ sind gewissenlose Halunken, die in ihrem Kampf gegen eine revolutionäre Partei zur bödsartigen Verleumdung greifen. Entweder — oder!

Wir werden den Kampf um diesen Entscheid bis zur letzten Konsequenz fortsetzen.

Bezirksleitung SPD, Schlesien: Alfred Döhner, Bezirksleiter. **Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien.** e. G. m. b. H. Leipzig, Rischowstr.

**Waldenburg.** Am Mittwoch, den 14. März, sprach Genosse Rigel in einer öffentlichen Versammlung im Schützenhaus, welche gut besucht war, über: „Fasziengefahr und Ruhrbesetzung.“ Im zweckmäßigem Referat entrollte der Referent ein Bild deutscher Politik von 1848 bis heute. Er kam dabei auf die bestehende Fasziengefahr und deren schärfste Bekämpfung zu sprechen. Genosse Rigel zeigte der Versammlung an Hand von trefflichen Beispielen, daß nur durch das Verhalten der SPD-Führer die Fasziisten solche Macht gewinnen konnten. Es gilt jetzt zu handeln. Die SPD ruft das Proletariat auf, einig und geschlossen bei der drohenden Gefahr zusammenzutreten, schärfsten Klassenkampf zu wahren, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen und den proletarischen Selbstschutz zu organisieren, um sich gegen jene Vandalen verteidigen zu können. Reicher Beifall zeigte, daß die Versammelten mit den Ausführungen einverstanden waren. An der Lußsprache beteiligten sich Genosse Krause aus Freiburg und Jugendgenosse Rabulke. Ersterer sprach über die Bildung von Kontrollausschüssen, letzterer gegen das Nebenabkommen. Im Schlußwort forderte Genosse Rigel alle anwesenden SPD-Arbeiter auf, ihren Führern auf die Finger zu sehen und sie zu Abwehrmaßnahmen gegen Fasziengefahr, geschlossen mit der SPD, USPD und VSPD, zu zwingen. Einige Aufnahmen und Zeitungsubskribenten waren der Erfolg dieser Versammlung.

**Biegenhals.** Die Tätigkeit des Kontrollausschusses. Wie in den meisten Städten neben den bestehenden Kontrollausschüssen auch Preisprüfungskommissionen gebildet worden sind oder noch gebildet werden, so ist es auch bei uns der Fall. Neben dem Kontrollausschuss hat sich eine Preisprüfungskommission gebildet, welche aus Vertretern der Kaufmannschaft und der Verbraucher zusammengesetzt ist. Die Kommission hat die Aufgabe, jeden Donnerstag die Preise festzusetzen. Einige Wochen haben sich die Arbeiter, die in der Kommission sitzen, dieses Spiel angesehen. Da überhaupt gar kein Erfolg in der Preisgestaltung zu verzeichnen war (trotzdem der Dollar gesunken), gab am Mittwoch, den 7. März, der Kontrollausschuss und die Preisprüfungskommission in einer öffentlichen Volksversammlung Bericht über die bisherige Tätigkeit. Aus der Versammlung wurde der Antrag gestellt: Falls die Preise nicht wesentlich niedriger werden, sollen die Vertreter der Preisprüfungskommission zurückgezogen werden, und der Kontrollausschuss wurde beauftragt, eine Demonstration vor dem Rathaus zu veranstalten. Schon nach 5 Uhr zogen die hungernden Proletarier auf den Ring vor das Rathaus. Um 6 Uhr hatte sich bereits eine große Menge angesammelt. Jetzt nahm ein Arbeiter das Wort und legte den Demonstranten den Zweck der Veranstaltung klar. Es wurde eine Kommission gewählt, welche der Preisprüfungskommission folgende Forderungen stellte: 1. Herabsetzung aller Lebensmittel um 20%, und marktfreies Brot um 80%. Natürlich setzte gleich der Sturm der Entrüstung seitens der Kaufmannschaft ein, und die Forderungen konnten sie nicht erfüllen, es wäre eine Vergewaltigung. Doch die Massen drängten; als die Verhandlung den Arbeitern zu lange dauerte, führten sie in den Sitzungssaal, und unter dem Druck der Massen wurden die Preise doch um 15% herabgesetzt. Das marktfreie Brot, welches bisher 2100 Mk. gekostet hat, wurde auf 1600 Mk. festgesetzt. Die hiesige Arbeiterpartei hat also bewiesen, daß sie nicht mehr länger der wohnsinnigen Preisstreiberintentionen zugehen will. Erst durch die Kontrolle der Produktion wird der größte Fehler beseitigt werden. Darum Arbeiter, wohnt ans Werk!

### Briefkasten.

**Düddorf-Ausruet.** Die Post hat nur Bestellgeld zu verlangen von demjenigen Lesern, die direkt bei der Post bestellen. Für die Leser, welche die Zeitung von hier überweisen erhalten, muß der Verlag das Bestellgeld bezahlen. Die Expedition.

## Veranstaltungs-Kalender.

Für jede Zeile mit dies. Habitué ein Betrag von 10.- gezahlt werden.  
**KPD** Bezirksleitung: Breslau, Rasse-Str. 49/50. **SPD** Bezirksleitung: Breslau, Rasse-Str. 49/50. **USPD** Bezirksleitung: Breslau, Rasse-Str. 49/50. **VSPD** Bezirksleitung: Breslau, Rasse-Str. 49/50.

**Altwater.** Sonntag, den 25. März, nachm. 2 Uhr, Funktionärskonferenz im „Offenen Kreis“. **Beuthen-Röberg.** Sonntag, den 25. März, nachm. 2.30 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung der RPD statt. **Dittersbach.** Sonntag, den 25. März, vorm. 9 Uhr, in der Schule Kuttthausstraße, Wokhsung der Funktionäre der Ortsgruppe. **Oberhermsdorf.** Sonntag, den 25. März, nachm. 2 Uhr, in Offenes Gasthaus, Mitgliederversammlung. **Agitationskreis Langenbielau.** **Langenbielau.** Sonntag, den 25. März, vorm. 9 Uhr, in Langenbielau, Dittersbach, Beuthen-Röberg, Altwater, Oberhermsdorf, Beuthen-Röberg, Langenbielau, Beuthen-Röberg, Altwater, Oberhermsdorf. **Neu-Salzbrunn.** Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Pfaffenbrunn. **Neuland.** Agitationskreis-Konferenz Sonntag, den 25. März, vormittags 11.30 Uhr, im Café „Klein-Viertel“. **Suhlan.** Jeden Sonntag, nachm. 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. **Wielgand.** Sonntag, den 25. März, nachm. 8 Uhr, öffentliche Mitgliederversammlung.

**KJD** Bezirksleitung: Mag. Glatzer, Breslau 1, Nikolaisstr. 44. **Bezirksleitung:** Mag. Glatzer, Breslau 1, Nikolaisstr. 44.

**Bezirksleitung:** Mag. Glatzer, Breslau 1, Nikolaisstr. 44. **Breslau.** **Kolkenhain.** **Dittersbach.** **Langenbielau.** **Neu-Salzbrunn.** **Schmiedeberg.** **Kreis Waldenburg.**

**KKG** **Genossenschaftliche Kinder-Gruppe.** Bezirksleitung: Werner, Rischowstr. 50.

**Lebau.** **Gottesberg.**

## Gewerkschaften

**Breslau.** Mitglieder des Breslauer Bekleidungsarbeiter-Verbandes (BAAK) sowie unorganisierte Schneider (innen) erziehen am Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, im Lokal Nikolaisstr. 49/50, zu einer wichtigen Besprechung. **Gottesberg.** **Lebau.**

## Andere Organisationen

**Breslau.** **Hindenburg.** **Bezirksleitung für den gesamten reaktionellen Teil:** J. B. Johannes Gartzsch, Inhaber: Mag. Glatzer, Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Rischowstr. 50.

## Genossen werbt neue Abonnenten

**H. Nachtrag zur Hundesteuer-Ordnung der Stadt Waldenburg vom 28. August 1922.** (Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom 14. März 1923).

1. Die Sätze erhöhen sich wie folgt: **§ 1:** Für den ersten Hund von 3000 Mk. auf 30000 Mk., für den zweiten Hund von 4000 Mk. auf 40000 Mk., für jeden weiteren Hund je 20000 Mk. mehr. **§ 8 Ziffer 2:** Für Wachhunde in Einzelgehöften von jährlich 1000 Mk. auf 10000 Mk., für Wachhunde in gewerblichen Räumen von jährlich 1200 Mk. auf 12000 Mk. **§ 11:** Die Gebühr für Freischeine von 20 Mk. auf 200 Mk. **2. Ziffer § 8** wird folgender § 8a eingefügt: Die in den §§ 1 und 8 Ziffer 2 aufgeführten Sätze ändern sich in dem gleichen Verhältnis, in dem sich das Anfangsgehalt eines lebigen Beamten der staatlichen Besoldungsgruppe VII in Waldenburg gegenüber dem Stande vom 1. April 1923 ändert. Für je 20% Erhöhung dieses Gehaltes gegenüber dem Stande vom 1. April 1923 werden von dem auf diese Erhöhung folgenden Vierteljahrserlösen 20% Aufschlag zu den Sätzen erhoben. In demselben Maße tritt auch eine Ermäßigung der Sätze bei Herabsetzung des Gehaltes ein. Bruchteile von 20%, bei der Besoldungserhöhung oder -herabsetzung bleiben außer Betracht. **3. Jede Erhöhung bzw. Ermäßigung der Sätze auf Grund des Artikels II ist in der ortsüblichen Weise bekannt zu machen.** **4. § 2** letzter Absatz wird wie folgt geändert: Die Steuer ist für den Monat, in welchem der Hund an- oder abgehauft wird, abhanden gekommen ist oder eingeht, bzw. in welchem er das fenzersichtige Alter erreicht, stets voll zu zahlen. **5. § 4** wird gestrichen. **6. Im § 6 Absatz 1** werden die Worte: „geeignetenfalls unter Geltendmachung der Anrechnung der bereits gezahlten Steuer.“ **7. Die Änderung tritt am 1. April 1923 in Kraft.** Waldenburg, den 14. März 1923. **Der Magistrat.** Dr. Wiesner, Direktor. **Bekanntmachung.** Die Ordnung vom 28. August 1922 ist in den hiesigen Zeitungen am 21. September 1922 bekanntgegeben worden. Dieselbe kann auch jederzeit im Büro unserer Steuerverwaltung, Pleßscher Hof, Zimmer 16, eingesehen werden. Waldenburg i. Schlesl., den 19. März 1923. **Der Magistrat (Steuerverwaltung).** Dr. Wiesner.

**Matthias-Kino** Matthiasstraße 38, Mohlkstraße 9.  
**Der große Spielplan!** **MARCO** der Mann der Kraft kann keine Furcht Sensationsfilm 6 Akte. **Das Goldene Netz** 4 Akte. **Erhelden Cowboys**  
**Freie Eltern-Versammlung** Sonntag, den 24. März, abends 7-9 Uhr, im großen Saal des Schwereiswerks.  
**Freie Eltern-Versammlung** Thema: Die neuen weltlichen Schulen in Breslau. Erscheint alle in dieser Versammlung.  
**Wo** interessiert man am vorzueinstimmtesten? Nur in der „Schles. Arbeiter-Zeitung“

**Kaufe jed. Posten** Kupfer 4500, Messing I 2700, Messing II 2300, Zinn 1400, Blei I 1400, Blei II 1200, Eisen 140-200, Zeits. u. Bücher 170.  
**Alfred Ulrich** Schützenburgerstr. 28.  
**Kaufe Gold-Silber-Platin-Bronze-Zahngelisse-Uhren** zu höchsten Tagespreisen. **E. Beyer** Bucherstraße 5.

**Proletarier lies!** Nur durch die Vertiefung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden. **Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.** Abtl. Buchhandlung Breslau Nikolaisstraße 49/50 hat ein reichhalt. Lager aller einschlägigen proletar. Literatur aufzuweisen. Eine reichhaltige Sendung neuer kommunistischer Literatur ist eingetroffen. **Genosse! Werbe für Dein Partei-Organ!** **Genossin! Tu auch Du Deine Pflicht!** Wenn Du die Zeitung gelesen hast, gib sie weiter!